

T 041 489 60 60 gemeindeverwaltung@fluehli.ch



Beteiligungsstrategie 2025 - 2028 der Gemeinde Flühli

vom 16. April 2025

IMPRESSUM

Ersteller

Gemeinderat Flühli

Redaktion

Gemeindeverwaltung Flühli

Genehmigung

Gemeinderat Flühli, 16. April 2025

Stand

1. April 2025

In Kraft

Rückwirkend per 1. Januar 2025

Flühli, 16. April 2025



Einleitung

1.1 Ausgangslage

Die Gemeinde Flühli erbringt einen Teil ihrer Leistungen nicht selbst. Aufgaben werden im Verbund mit anderen erfüllt, andere Aufgaben werden an private oder öffentliche Dritte ausgelagert. Dadurch entsteht ein Spannungsfeld zwischen der politischen Einflussnahme durch die Gemeinde als (Mit-)Eigentümerin und der Selbständigkeit der Organisation und deren betrieblichen Führung.

Das Gesetz über den Finanzhaushalt der Gemeinden (FHGG) will die Information und die Steuerungsfähigkeit durch die Stimmberechtigten verbessern. Es verpflichtet deshalb die Gemeinden zu einem Beteiligungs- und Beitragscontrolling. Damit sollen die Interessen der Gemeinde als Eignerin dieser Organisationen gestärkt werden. Eigentümerund Unternehmensinteresse sollten transparent gemacht und koordiniert werden. Zudem sollen die Entwicklung sowie der Umgang mit den Risiken der Beteiligungen aufgezeigt werden.

Das Beteiligungscontrolling besteht aus dem Beteiligungsspiegel und der Beteiligungsstrategie. Der Beteiligungsspiegel listet Organisationen auf, bei welchen die Gemeinde beteiligt ist. Als Beteiligung kann eine direkte finanzielle Beteiligung (z.B. Aktiengesellschaft) oder eine anderweitige Beteiligung in der Trägerschaft (Vereinsmitgliedschaft) gelten. Auch als Beteiligung wird eine Organisation gelistet, bei der die Gemeinde mittels Beschluss auf die Organisation und deren Mitglieder substanziell Einfluss nehmen kann (z.B. Stiftung). Ebenfalls im Beteiligungsspiegel geführt werden Organisationen, mit welchen ein Zusammenarbeitsvertrag besteht.

Die Beteiligungsstrategie macht strategische Vorgaben für den Umgang mit den Beteiligungen als Ganzes. Weiter hält sie für jede Beteiligung die Ziele der Gemeinde als Eignerin fest. Ebenfalls werden die strategischen Vorgaben an das entsprechende Leitungsorgan umschrieben.

1.2 Rechtliche Grundlagen

Der Gemeinderat legt gemäss § 28 Abs. 3 des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden (FHGG) die Beteiligungsstrategie den Stimmberechtigten alle vier Jahre vor. Bei der Beteiligungsstrategie handelt es sich um einen Planungsbericht, der von der Gemeindeversammlung zur Kenntnis genommen wird (§ 9 Abs. 1 lit. d des Gemeindegesetzes und Art. 13 Abs. 1 lit. d der Gemeindeordnung). Die Stimmberechtigten können die Beteiligungsstrategie zustimmend, ablehnend oder nur zur Kenntnis nehmen. Ausserdem können Bemerkungen an den Gemeinderat überwiesen werden. Diese sind für den Gemeinderat rechtlich nicht bindend. Der Bericht selbst kann durch die Stimmberechtigten nicht abgeändert werden.

Der Beteiligungsspiegel liegt gemäss § 29 des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden (FHGG) jährlich als Anhang der Jahresrechnung bei.

1.3 Arten der Beteiligungen

Kommunale Beteiligungen im Verwaltungsvermögen können in drei Kategorien eingeteilt werden.

- Die Gruppe der *privatrechtlichen Beteiligungen* umfasst insbesondere Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaften oder auch Stiftungen des privaten Rechts.
- Zur Gruppe der öffentlich-rechtlichen Unternehmen gehören insbesondere Gemeindeverbände, öffentlich-rechtlichen Anstalten, Genossenschaften des öffentlichen Rechts oder auch Stiftungen des öffentlichen Rechts.
- Zur dritten Gruppe gehören Beteiligungen, welche aufgrund von Gemeindeverträgen entstehen. Die Rechtsnatur dieser Verbindung hängt dabei vom Einzelfall ab. In der Praxis handelt es sich meist um einfache Gesellschaften des öffentlichen Rechts (ohne Rechtspersönlichkeit) oder um ein sogenanntes Sitzgemeindemodell. Beim Sitzgemeindemodell amtet die Standortgemeinde als Vollzugsorgan. Der Begriff der Beteiligung wird also bewusst weit gefasst.



Die Beteiligungen im *Finanzvermögen* sind grundsätzlich nicht Teil der Beteiligungsstrategie. Sie dienen finanziellen Interessen. An diese Beteiligungen werden keine kommunalen Aufgaben übertragen. Aus diesem Grund gehören sie eigentlich nicht in das Beteiligungscontrolling. Aufgrund der Bedeutung u. a. in touristischer Hinsicht (z.B. Bergbahnen Sörenberg AG, Hallenbad AG Sörenberg) werden diese Anlagen des Finanzvermögens als vierte Gruppe aufgeführt.

1.4 Gewährleistungspflicht

Bei Aufträgen, welche die Gemeinde selber erfüllt, ist die Gemeinde verantwortlich, dass die Leistung in der gewünschten Qualität erbracht wird. Dabei handelt es sich um die Erfüllungs- und die Gewährleistungsgarantie. Bei einer ausgelagerten Aufgabe trägt die Gemeinde die Gewährleistungspflicht. Mangelhafte Leistungen fallen immer auf das Gemeinwesen zurück und können letztlich bei der Gemeinde eingefordert werden. Die Gemeinde haftet auch, wenn Dritte ihren Verpflichtungen im Zusammenhang mit der übernommenen Aufgabe nicht nachkommen.

1.5 Zielsetzung der Beteiligungsstrategie

Die Beteiligungsstrategie ist die Grundlage für den Entscheid, an welchen Organisationen sich die Gemeinde beteiligen will. Sie dient als langfristiges und nachhaltiges Steuerungsinstrument für die Ausrichtung der Gemeinde.

Der Gemeinderat strebt eine sichere, effektive und effiziente Leistung an, damit eine optimale Versorgung der Gemeinde mit öffentlichen Leistungen sichergestellt ist. Auslagerungen von Leistungen können dann erfolgen, wenn die Gemeinde mit eigenen Mitteln nicht ein vergleichbares Kosten-Nutzen-Verhältnis erzielen kann oder wenn es sich im Grundsatz um überkommunale Problemstellungen handelt, die aufgrund ihrer Natur gemeindeübergreifend gelöst werden sollten. Dem Gemeinderat ist es wichtig, dass sich die Gemeinde in den regionalen und kantonalen Verbänden beteiligt und seine Einflussnahme in den Leitungsgremien wahrnimmt. Die Gemeinde ist auf eine starke Region und einen starken Kanton angewiesen. Es ist im Rahmen der Beteiligungsstrategie regelmässig zu prüfen, ob die Gemeinde in der Lage ist, eine Aufgabe selber zu erledigen, dies insbesondere dann, wenn die Leistung, die ein örtliches Angebot erfordert, in der Gemeinde oder in der engeren Region nicht mehr angeboten wird.

1.6 Beteiligungen

Die Gemeinde Flühli weist per 1. Januar 2025 46 Beteiligungen auf. Nachfolgend werden die einzelnen Beteiligungen mit deren Rechtsform, Zweck, der zugrunde gelegten kommunalen Aufgabe, der strategischen Ziele der Beteiligung, der möglichen Einflussnahme der Gemeinde, dem Risiko sowie der Vorgaben an die Organisation übersichtlich dargestellt.

Kommunale Aufgaben: Jeder Beteiligung wird die zugrunde gelegte kommunale Aufgabe aufgeführt.

Strategische Ziele: In der Beteiligungsstrategie werden die Ziele der Gemeinde als Eignerin und die Vorgaben an das strategische Leitungsorgan festgelegt. Die Eignerstrategie definiert die strategischen Ziele der Gemeinde, welche mit den Beteiligungen verfolgt werden.

Einflussnahme: Die Bedeutung einer Beteiligung für die Gemeinde wirkt sich auf die gewünschte Einflussnahme der Gemeinde aus. Die Mehrheitsbeteiligung an einer Organisation, der bedeutende kommunale Aufgaben übertragen werden, wird somit ausführlicher behandelt als eine Minderheitsbeteiligung an einer Organisation, die einen standardisierten Prozess von einer Gemeinde übernimmt. Der Gemeinderat gibt seine Interessen aktiv in der Delegiertenversammlung eines Gemeindeverbandes ein. Er strebt bei bedeutenden Beteiligungen das direkte Mitwirken im jeweiligen Leitungs- und Führungsgremium der Organisation an. Der Gemeinderat sieht sich dabei in der Führungsverantwortung. Zumindest wird darauf geachtet, dass die Region angemessen vertreten ist. Dadurch soll die Einflussnahme der Gemeinde wirkungsvoll gewährleistet werden.

Risiko: Die Risikoeinteilung (hohes Risiko, mittleres Risiko, tiefes Risiko) zeigt auf, welche Bedeutung die Risiken bei einer Beteiligung für die Gemeinde haben. Massgeblich für die Risikobewertung ist einerseits die Eintretenswahrscheinlichkeit und andererseits die potenzielle Schadenhöhe. Die Schadenhöhe umfasst nicht nur die finanziellen, sondern auch die politischen Auswirkungen (beispielsweise bei einem Abbau von Arbeitsplätzen). Für die einzelnen Beteiligungen werden die Überlegungen und Begründungen aufgezeigt, die der Risikoeinteilung zugrunde liegen, und es wird im Beteiligungsspiegel (Anhang zur Jahresrechnung) ausgeführt, wie sich die Risikoeinschätzung ge-



genüber dem Vorjahr verändert hat. Zudem wird ausgewiesen, welche Hauptrisiken bestehen und welche Massnahmen im Hinblick auf die Risikominimierung im Berichtsjahr vorgenommen worden sind. Im Aufgaben- und Finanzplan fliessen die Konsequenzen der Risikominimierung jeweils in die Planung ein.

Vorgaben an die Organisation: Die bestellte Leistung muss innerhalb der vereinbarten Fristen abgerufen werden können. Darüber hinaus muss die richtige Leistung erbracht werden. Der Kundennutzen steht im Vordergrund. Die gewünschte Beteiligung im strategischen Leitungsorgan und die Kontrollmöglichkeiten (z.B. durch jährliche Berichterstattung) werden bei den einzelnen Beteiligungen festgehalten. Die transparente, stufengerechte Information der Gemeinderäte wird bei allen Beteiligungen gefordert.

1.6.1 Beteiligungen an privaten Unternehmen

1.6.1.1 Regionales Wohn- und Pflegezentrum Schüpfheim AG

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Die drei Gemeinden der Region Entlebuch, nämlich Flühli, Hasle und Schüpfheim, bilden die Trägerschaft der Regionalen Wohn- und Pflegezentrum Schüpfheim AG. Sie besitzen 100 % des Aktienkapitals von 1 Mio. Franken. Die Rechtsnormen sind

in den Statuten geregelt.

Zweck: Angebot Wohn-, Pflege- und Betreuungsmöglichkeiten inkl. entsprechenden Dienst-

leistungen

Kommunale Aufgaben: Stationäre Pflege

Strategische Ziele: Gesetzlicher Auftrag / Marktgerechte Finanzierung

Einflussnahme: Teilnahme an Generalversammlung, Verwaltungsratsmandat (Beteiligung 20 %,

2000 Aktien à CHF 100.00)

Risiko: tief (bevorstehende Sanierung/Umbau mit Start im Jahr 2025, Gemeinde als Darle-

hens- und Bürgschaftsgeberin, das Risiko einer Haftung seitens der Gemeinde wird

als gering eingestuft)

Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.1.2 Luzerner Gemeindepersonalkasse

Rechtsform: Stiftung des privaten Rechts Zweck: Berufliche Vorsorge

Kommunale Aufgaben: Versicherung der Mitarbeitenden nach BVG

Strategische Ziele: Beteiligung wird regelmässig überprüft, attraktive Konditionen für Gemeinde als Ar-

beitgeberin und für die Mitarbeitenden

Einflussnahme: Arbeitgebervertreter werden durch den Verband Luzerner Gemeinden gewählt, Ar-

beitnehmervertreter durch Versichertenversammlung

Risiko: Mittel (Sanierungspflicht der Gemeinde als Arbeitgeber)

Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.1.3 Wirtschaftsförderung Luzern

Rechtsform: Stiftung

Zweck: Standortmarketing, Ansiedlungen Kommunale Aufgaben: Vollzug Wirtschaftsförderung

Strategische Ziele: Beteiligung halten, Stärkung der Marke Luzern

Einflussnahme: Teilnahme an Mitgliederversammlung, Leistungsvereinbarung

Risiko: Tief, Haftung auf Stiftungsvermögen beschränkt

Vorgaben an die Organisation: Keine



1.6.1.4 Waldgenossenschaft oberes Entlebuch (WgoE)

Rechtsform: Genossenschaft

Zweck: Sicherstellung der eigentumsübergreifenden Bewirtschaftung der Wälder. Koordina-

tion zwischen Waldeigentümern / Vertretung derer Interessen

Kommunale Aufgaben: Eigentumsübergreifende Bewirtschaftung und Interessenwahrung der Waldeigentü-

mer

Strategische Ziele: Beteiligung halten, effiziente und effektive Bewirtschaftung des Waldes, nieder-

schwellige Hilfestellung für Waldbesitzer, Stärkung der Marktposition

Einflussnahme: Teilnahme an Generalversammlung

Risiko: Tief (Haftung auf Genossenschaftsvermögen beschränkt)

Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.2 Beteiligungen an öffentlichen Unternehmen

1.6.2.1 Luzerner Personalkasse LUPK

Rechtsform: Offentlich-rechtliche Anstalt des Kantons Luzern mit eigener Rechtspersönlichkeit

Zweck: Berufliche Vorsorge Lehrerschaft

Kommunale Aufgaben: Versicherung der Mitarbeitenden nach BVG Strategische Ziele: Beteiligung wird regelmässig überprüft

Einflussnahme: Keine

Risiko: Mittel (Sanierungspflicht der Gemeinden als Arbeitgeber)

Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.2.2 Gemeindeverband Kehrichtentsorgung Region Entlebuch (GKRE)

Rechtsform: Gemeindeverband

Zweck: Entsorgung des häuslichen und kommunalen Abfalls

Kommunale Aufgaben: Vollzug Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Umweltschutz (EGUSG)

sowie Abfallentsorgungsreglement

Strategische Ziele: Beteiligung halten, effiziente und effektive Abfallentsorgung, umweltgerechte Ver-

brennung mit Energiegewinnung

Einflussnahme: Einsitz in der Verbandsleitung, Teilnahme an Delegiertenversammlung

Risiko: Tief, kein besonderes Risiko

Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.2.3 Mehrzweckverband Region Entlebuch, Wolhusen und Ruswil (KESB, SoBZ)

Rechtsform: Gemeindeverband

Zweck: Gesetzliche und freiwillige Sozialberatung, Führung einer unabhängigen KESB Kommunale Aufgaben: Kindes- und Erwachsenenschutz, Sicherstellung der Ausführung der gesetzl. Aufga-

ben, niederschwellige Hilfestellung, Hilfe zur Selbsthilfe

Strategische Ziele: Beteiligung halten, Kostenbewusstsein fördern

Einflussnahme: Einsitz in Verbandsleitung, Teilnahme an Delegiertenversammlung, Leistungsverein-

barung

Risiko: Tief (Solidarhaftung subsidiär zum Verbandsvermögen)

Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.2.4 Region Luzern West

Rechtsform: Gemeindeverband

Zweck: Regionalentwicklung gemäss Richtplan / Koordination regionaler Aufgaben

Kommunale Aufgaben: Vollzug Raumplanung

Strategische Ziele: Beteiligung überprüfen (teilweise gesetzliche Vorgaben / Reduktion der Projekte)

Einflussnahme: Teilnahme an Delegiertenversammlung



1.6.2.5 Gemeindeverband UNESCO Biosphäre Entlebuch

Rechtsform: Gemeindeverband

Zweck: Betrieb des Biosphärenreservats Entlebuch und Träger der Regionalplanung
Kommunale Aufgaben: Umsetzung Sevilla-Strategie der UNESCO betreffend Biosphärenreservate und Vor-

gaben des BUWAL, Vollzug Regionalpolitik

Strategische Ziele: Beteiligung halten, gemeinsame und regionale Projekte umsetzen Einflussnahme: Einsitz in der Verbandsleitung, Teilnahme an Delegiertenversammlung

Risiko: Tief Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.2.6 Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete

Rechtsform: Verein

Zweck: Verbesserung der Existenzbedingungen und der Entwicklungsmöglichkeiten der Be-

völkerung im Berggebiet

Kommunale Aufgaben: Interessenwahrung Bergbevölkerung

Strategische Ziele: Wahrung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Interessen der Bergbevöl-

kerung gegenüber dem Bund und den Kantonen

Einflussnahme: Teilnahme an Generalversammlung

Risiko: Tief Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.2.7 Solidaritätsfonds Luzerner Bergbevölkerung

Rechtsform: Verein

Zweck: Verbesserung der wirtschaftlichen Existenzgrundlagen und Lebensbedingungen im

Berggebiet des Kantons Luzern

Kommunale Aufgaben: Vermittlung und Leistung von Finanzhilfen und Arbeitseinsätzen, Mitwirkung bei inno-

vativen Projekten

Strategische Ziele: Unterstützung der Bergbevölkerung im Kanton Luzern Einflussnahme: Teilnahme an Generalversammlung, Sitz im Vorstand

Risiko: Tief Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.2.8 Allianz in den Alpen

Rechtsform: Vereir

Zweck: ADLA Schweiz wahrt und fördert die Interessen der Schweizer Mitgliedgemeinden im

Rahmen des internationalen Vereines «Gemeinde-Netzwerk Allianz in den Alpen

e.V.».

Kommunale Aufgaben: Interessenwahrung Bergbevölkerung

Strategische Ziele: a) Koordination und Kommunikation zwischen den Schweizer Mitgliedgemeinden des

internationalen Vereins «Gemeinde-Netzwerk Allianz in den Alpen e.V.» b) Durchführung von Projekten einzelner oder mehrerer Gemeinden, z.B. durch Workshops und Veranstaltungen c) Öffentlichkeitsarbeit d) Beschaffung von finanziellen Mitteln für

die unter a), b) und c) bezeichneten Aufgaben

Einflussnahme: Teilnahme an Generalversammlung, Sitz im Vorstand



1.6.2.9 Verband Luzerner Gemeinden (VLG)

Rechtsform: Verein

Zweck: Politische Interessenvertretung Kommunale Aufgaben: Wahrung der Interessen

Strategische Ziele: Beteiligung halten, Mitgliedschaft aller Gemeinden, Interessenwahrung gegenüber

Kanton

Einflussnahme: Teilnahme an Delegiertenversammlung

Risiko: Tief (Haftung auf Vereinsvermögen beschränkt)

Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.2.10 Verkehrsverbund Luzern (VVL)

Rechtsform: Öffentlich-rechtliche Anstalt

Zweck: Planung und Finanzierung öffentlicher Verkehr (öV) im Kanton Luzern

Kommunale Aufgaben: Erschliessung mit öffentlichem Verkehr

Strategische Ziele: Mitgliedschaft gesetzlich vorgeschrieben, zielorientierte Mittelverwendung, Berück-

sichtigung der Anliegen der Landschaft, kein überproportionaler Anstieg bei den Bei-

trägen

Einflussnahme: Vier Gemeindevertreter im Verbundrat (Wahl durch VLG) / Vernehmlassungen

Risiko: Tief (Solidarhaftung subsidiär zum Verbandsvermögen)

Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.2.11 Zweckverband für institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung (ZiSG)

Rechtsform: Zweckverband des öffentlichen Rechts

Zweck: Institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung

Kommunale Aufgaben: Institutionelle Sozialhilfe gemäss Gesetz

Strategische Ziele: Mitgliedschaft gesetzlich vorgeschrieben, zielorientierte Mittelverwendung, Berück-

sichtigung der Anliegen der Landschaft, kein überproportionaler Anstieg bei den Bei-

trägen

Einflussnahme: Teilnahme an Generalversammlung

Risiko: Tief (Solidarhaftung subsidiär zum Verbandsvermögen)

Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.2.12 Säckelamt Schüpfheim-Flühli

Rechtsform: Körperschaft des Kantonalen Rechts (Art. 59 Abs. 3 ZGB)

Zweck: Das Säckelamt Schüpfheim-Flühli ist ein Rest der von Landesbannermeister, Lan-

deshauptmann, Landesfähndrich, Landessiegler mit den Geschwornen in der Zeit von 1514 bis 1596 gemeinsam verwalteten alten Talgemeinde Entlebuch (mittleres

Amt).

Unterhalt einzelner öffentlichen Brücken (Eysteg, Zinggenbrücke 50 %), Unterhalt

von Wäldern

Kommunale Aufgaben: Verwaltung des Säckelamtsgutes

Strategische Ziele: Vermögensverwaltung zur Bestreitung des Unterhaltes Einflussnahme: Versammelte Gemeinderäte von Flühli und Schüpfheim



1.6.3 Verträge

1.6.3.1 Planungsregion Gesundheit und Soziales Entlebuch

Rechtsform: Keine (Regionale Kommission)

Zweck: Angemessenes ambulantes und stationäres Angebot für die Unterkunft, Betreuung

und Pflege von Betagten und Pflegebedürftigen, angemessene Krankenpflege und Hilfe zu Hause (Spitex) sowie Mahlzeitendienst, Anhörung im Bereich Pflegeheim-

liste

Kommunale Aufgaben: Informationsaustausch Planung von Pflegeheimplätzen, Angebote im Alters- und

Gesundheitsbereich, Informationsaustausch mit Leistungserbringer, Planung ambulante und stationäre Angebote in der Planungsregion, Koordination Angebote (Alters-

wohnungen, betreutem Wohnen, Spitex, Entlastungsangebote, Pflegeheime)

Strategische Ziele: Gesundheitsvorsorge, Betreuung- und Pflege

Einflussnahme: Vertretung in der Planungsregion

Risiko: Tief Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.3.2 Alterskommission Region Entlebuch

Rechtsform: Gemeindevertrag

Zweck: Überprüfung und allfällige Umsetzung der Massnahmen aus dem Altersleitbild.

Wahrnehmung und Interessenvertretung der Anliegen älterer Menschen

Kommunale Aufgaben: Umsetzung von Aufträgen der Planungsregion oder der zuständigen Gemeinderats-

mitglieder

Strategische Ziele: Umsetzung Altersleitbild
Einflussnahme: Einsitz in der Alterskommission

Risiko: Tief Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.3.3 Weltweit Entlebuch

Rechtsform: Verein

Zweck: Dachorganisation, Integrationsförderung der Gemeinden Entlebuch, Escholzmatt-

Marbach, Flühli, Hasle, Schüpfheim

Kommunale Aufgaben: Führung Geschäftsstelle als Ansprechperson für Gemeinden in allen Fragen der In-

tegration

Strategische Ziele: Unterstützung lokale Gemeindeteams in den Aufgaben der Integration

Einflussnahme: Vorstand, Vereinsversammlung

Risiko: Tief Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.3.4 Sörenberg Flühli Tourismus

Rechtsform: Verein

Zweck: Organisation und Förderung nachhaltigen Tourismus

Kommunale Aufgaben: Inkasso Kurtaxen- und Beherbergungsabgaben, Organisation Schneeräumung Orts-

teil Sörenberg

Strategische Ziele: Organisation und Förderung nachhaltigen Tourismus

Einflussnahme: Leistungsvereinbarung, Sitz im Vorstand

Risiko: Tief

Vorgaben an die Organisation: Berichtablage über die Verwendung der Kurtaxen und Beherbergungsabgabe



1.6.3.5 Genossenschaft Erlebnis- und Familienferien in der UNESCO Biosphäre Entlebuch

Rechtsform: Genossenschaft

Zweck: Schaffung und Förderung von Erlebnis- und Familienferienangeboten

Kommunale Aufgaben: Tourismusförderung

Strategische Ziele: Angebotserweiterung, Stärkung Tourismus

Einflussnahme: Teilnahme Genossenschaftsversammlung, Sitz im Genossenschaftsvorstand

Risiko: Tief Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.3.6 Äntlibuecher Musikschule (ÄMS)

Rechtsform: Gemeindevertrag

Zweck: Betrieb und Organisation der Musikschulen in der Region Entlebuch

Kommunale Aufgaben: Vollzug Volksschulbildungsgesetz

Strategische Ziele: Beteiligung halten, Vermittlung der Fähigkeit ein Instrument zu spielen, angemes-

sene Auswahl an Instrumenten, verträgliche Elternbeiträge, Einhaltung Kostende-

ckungsvorgaben

Einflussnahme: Genehmigung Leitbild, Leistungsauftrag, Budget, Rechnung

Risiko: Tief, Solidarhaftung für Betriebskosten

Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.3.7 Regionales Steueramt Schüpfheim Flühli

Rechtsform: Gemeindevertrag

Zweck: Betrieb Regionales Steueramt Vollzug Steuergesetzgebung

Strategische Ziele: Effiziente Führung des gesetzlichen Auftrags der Veranlagung und Inkasso der

Staats- und Gemeindesteuern

Einflussnahme: Gemeinsame Absprache über Budget und Betrieb

Risiko: Tief Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.3.8 Regionales Bauamt Schüpfheim

Rechtsform: Gemeindevertrag

Zweck: Betrieb Regionales Bauamt

Kommunale Aufgaben: Vollzug Planungs- und Baugesetzgebung

Strategische Ziele: Effiziente Abwicklung des Baubewilligungsverfahrens

Einflussnahme: Einsitz in Kommission

Risiko: Tief Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.3.9 Regionales Zivilstandsamt Wolhusen

Rechtsform: Gemeindevertrag

Zweck: Betrieb Regionales Zivilstandsamt für die Vertragsgemeinden

Kommunale Aufgaben: Erfüllung der Aufgaben im Zivilstandswesen

Strategische Ziele: Beteiligung halten, effizienter und effektiver Betrieb des RZA, reibungslose Schnitt-

stelle zu den Gemeinden

Einflussnahme: Versammlung der Vertragsgemeinden auf Verlangen



1.6.3.10 Zivilschutzorganisation Nord-West

Rechtsform: Gemeindevertrag

Zweck: Betrieb Zivilschutzorganisation Vollzug Zivilschutzgesetzgebung

Strategische Ziele: Beteiligung halten, Einsatzfähigkeit erhalten, Arbeiten und Einsätze zu Gunsten der

reg. Bevölkerung ausführen

Einflussnahme: Einsitz in ZS-Kommission, Gebietskreisvertreter Gebietskreis 10

Risiko: Tief (Solidarhaftung)

Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.3.11 Betreibungsamt Region Entlebuch

Rechtsform: Gemeindevertrag

Zweck: Gemeinsamer Betrieb des Betreibungsamts durch die beteiligten Gemeinden (Dopp-

leschwand, Entlebuch, Escholzmatt-Marbach, Flühli, Hasle, Romoos und Schüpf-

heim)

Kommunale Aufgaben: Vollzug Schuldenbetreibung und Konkurs (SchKG 281.1 und EGSchKG SRL 290)
Strategische Ziele: Betreibungsamtes im Betrei-

bungskreis Region Entlebuch

Einflussnahme: Oberstes Organ sind die Gemeinderäte der beteiligten Gemeinden. Jede Vertragsge-

meinde hat ein Stimmrecht

Risiko: Tief (Solidarhaftung)

Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.3.12 Trägerschaft Pädagogisches Medienzentrum Region Entlebuch und Wolhusen (PMZ Biosphäre Entlebuch)

Rechtsform: Gemeindevertrag

Zweck: Betrieb des pädagogischen Medienzentrums Region Entlebuch und Wolhusen

Kommunale Aufgaben: Vollzug Volksschulbildungsgesetz

Strategische Ziele: Beteiligung halten, Sicherung und Entwicklung der Qualität der Schulen

Einflussnahme: Teilnahme an Konferenz (BiKo-Präsidium)

Risiko: Tief Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.3.13 Schuldienst Region Entlebuch (Schulpsychologie, Logopädie, Psychomotorik)

Rechtsform: Sitzgemeindemodell

Zweck: Betrieb der schulischen Dienste Kommunale Aufgaben: Vollzug Volksschulbildungsgesetz

Strategische Ziele: Abklärungen, Beratungen, Therapie von Kindern mit psychologischen und pädago-

gisch-therapeutischen Bedürfnissen

Einflussnahme: nur informelle Möglichkeiten (Mitgliedschaft vom Kanton vorgeschrieben)

Risiko: Tief Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.3.14 Jugendarbeit Schüpfheim-Flühli-Sörenberg (Jugendkommission)

Rechtsform: Sitzgemeindemodell

Zweck: Förderung und Begleitung der Jugendlichen

Kommunale Aufgaben: Jugendtreffs, Jugendbüro, Projektorientierte Arbeiten, Kirchliche Jugendarbeit, Ju-

gendkulturarbeit, Vernetzungs- und Entwicklungsarbeit, Begleitteam, Büro und Admi-

nistration

Strategische Ziele: Angebot für Jugendliche schaffen und halten, Prävention Sucht und Gewalt

Einflussnahme: Einsitz in Jugendkommission



1.6.3.15 Regionale Tierkörpersammelstelle,

Benützung des Konfiskatraumes beim Notschlachthaus Schüpfheim

Rechtsform: Vertrag

Zweck: Entsorgung von Tierkadaver Kommunale Aufgaben: Vollzug Gesundheitsgesetz

Strategische Ziele: Fachgerechte Entsorgung von Tierkadaver in der Region Entlebuch

Einflussnahme: Keine Risiko: Tief Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.3.16 Trägerschaft Entlebucherhaus Schüpfheim, Schüpfheim

Rechtsform: Gemeindevertrag, einfache Gesellschaft

Zweck: Erhaltung Entlebucherhaus, Zugänglichmachung des Hauses für die Öffentlichkeit

Kommunale Aufgaben: Kulturförderung

Strategische Ziele: Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit erhalten (Museum), Regionales Kulturlokal, Kos-

ten Tief halten

Einflussnahme: Einsitz in Vorstand, Teilnahme an Generalversammlung Risiko: Mittel, Kosten-Nutzenverhältnis im Auge behalten

Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.3.17 Regionale Schiessanlage Bunihus

Rechtsform: Gemeindevertrag
Zweck: Betrieb Schiessanlage

Kommunale Aufgaben: Vollzug gesetzliche Vorgaben Schiesswesen

Strategische Ziele: Gewährleistung der ausserdienstlichen Schiesspflicht sowie des Sportschiessens

Einflussnahme: Vertragspartner, Grundeigentümerin

Risiko: Tief Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.3.18 Spitex Region Entlebuch, Schüpfheim

Rechtsform: Verein

Zweck: Erbringung von ambulanten Pflege-, Betreuungs- und Unterstützungsangeboten

Kommunale Aufgaben: Vollzug Betreuungs- und Pflegegesetz

Strategische Ziele: Beteiligung halten, schrittweiser Ausbau nach Bedarf,

Einflussnahme: Teilnahme an Generalversammlung

Risiko: Tief, allenfalls steigende Beiträge, Haftung auf Vereinsvermögen beschränkt

Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.3.19 Kinderspitex Zentralschweiz, Luzern

Rechtsform: Verein

Zweck: Ambulante Pflege und Betreuung schwerkranker Kinder Kommunale Aufgaben: Sicherstellung ambulante Pflege aller Bevölkerungsgruppen

Strategische Ziele: Angebot aufrechterhalten, anpassen und bei Bedarf ausbauen, Tarife mitgestalten

Einflussnahme: Teilnahme an Generalversammlung

Risiko: Tief (Haftung auf Vereinsvermögen beschränkt)

Vorgaben an die Organisation: Keine



1.6.3.20 Verein Verwaltungsweiterbildung Zentralschweiz (VWBZ), Luzern

Rechtsform: Verein

Zweck: Sicherstellung der kaufmännischen Grundbildung in der Branche öffentliche Verwal-

tung, Förderung Weiterbildung des Verwaltungspersonals

Kommunale Aufgaben: Personal Aus- und Weiterbildung (Personalförderung)

Strategische Ziele: Beteiligung halten, Qualitätssicherung in der Grund- und Weiterbildung

Einflussnahme: Teilnahme an Generalversammlung

Risiko: Tief (Haftung auf Vereinsvermögen beschränkt)

Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.3.21 Luzerner Gemeinde Informatik (LGI)

Rechtsform: Verein

Zweck: Qualitativ hochstehende ICT-Leistungen

Kommunale Aufgaben: Regionale Mitgliederorganisation, Bindeglied SSGI

Strategische Ziele: Qualitativ hochstehende ICT-Leistungen Einflussnahme: Teilnahme Mitaliederversammlung

Risiko: Tief (Haftung auf Vereinsvermögen beschränkt)

Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.3.22 Wasserversorgungs-Genossenschaft Sörenberg (WVS)

Rechtsform: Genossenschaft, Übertragungsvertrag öffentliche Wasserversorgung

Zweck: Betrieb Wasserversorgung

Kommunale Aufgaben: Vollzug Wassernutzungs- und Wasserversorgungsgesetz

Strategische Ziele: Versorgung mit Trink-, Brauch- und Löschwasser im Gebiet der Dorfteile Sörenberg

und Südelhöhe sowie die Aussengebiete

Einflussnahme: Aufsicht

Risiko: Mittel (umfangreiche Infrastruktur)
Vorgaben an die Organisation: Jährliche Berichterstattung

1.6.3.23 Feuerschutz Zuständigkeitsregelung Gemeinde Schüpfheim

Rechtsform: Gemeindevertrag

Zweck: Sicherstellung Feuerschutz

Kommunale Aufgaben: Vollzug Gesetz über den Feuerschutz

Strategische Ziele: Gewährleistung rascher Feuerschutz auf benachbarten Gemeindegebiet

Einflussnahme: Vertragsgestaltung
Risiko: Tief, Spezialfinanzierung

Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.3.24 Feuerschutz Zuständigkeitsregelung Gemeinde Escholzmatt-Marbach

Rechtsform: Gemeindevertrag

Zweck: Sicherstellung Feuerschutz

Kommunale Aufgaben: Vollzug Gesetz über den Feuerschutz

Strategische Ziele: Gewährleistung rascher Feuerschutz auf benachbarten Gemeindegebiet

Einflussnahme: Vertragsgestaltung
Risiko: Tief, Spezialfinanzierung

Vorgaben an die Organisation: Keine



1.6.3.25 Feuerschutz Zuständigkeitsregelung Gemeinde Giswil OW

Rechtsform: Gemeindevertrag

Zweck: Sicherstellung Feuerschutz

Kommunale Aufgaben: Vollzug Gesetz über den Feuerschutz

Strategische Ziele: Gewährleistung rascher Feuerschutz auf benachbarten Gemeindegebiet

Einflussnahme: Vertragsgestaltung
Risiko: Tief, Spezialfinanzierung

Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.4 Beteiligungen im Finanzvermögen

1.6.4.1 Hallenbad AG Sörenberg

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Zweck: Betrieb Hallenbad und weitere Anlagen zur Belebung des Fremdenverkehrs

Kommunale Aufgaben: Betrieb Hallenbad

Strategische Ziele: Leistungsträger im Tourismus, 10-Punkte-Programm

Einflussnahme: Einsitz Verwaltungsrat

Risiko: Mittel (Neubau geplant, Defizitgarantie Gemeinde 60 %, Sörenberg Flühli Tourismus

40 %)

Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.4.2 Genossenschafts-Praxis Flühli-Sörenberg

Rechtsform: Genossenschaft

Zweck: Förderung hausärztliche Grundversorgung

Kommunale Aufgaben: Hausärztliche Grundversorgung

Strategische Ziele: Erhalt Gesundheitsangebot für Bevölkerung und Gäste der Tourismusregion Sören-

berg Flühli, Konzept für Notfälle während Wintersaison

Einflussnahme: Vorstandsmitglied Genossenschaft

Risiko: Tief Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.4.3 Bergbahnen Sörenberg AG

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Zweck: Betrieb von Bergbahnen und Sportanlagen in Sörenberg und allen damit zusammen-

hängenden und verwandten und allgemein dem Tourismus dienenden Anlagen und

Einrichtungen

Kommunale Aufgaben: Betrieb Bergbahnen und Sportanlagen sowie touristische Einrichtungen

Strategische Ziele: Leistungsträger im Tourismus Einflussnahme: Teilnahme an Generalversammlung

Risiko: Hoch, angespannte finanzielle Lage bei der Bergbahnen Sörenberg AG (Liquiditäts-

probleme)

Vorgaben an die Organisation: Keine

1.6.4.4 Luzerner Kantonalbank AG

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Zweck: Gewinnorientierter Betrieb einer Universalbank

Kommunale Aufgaben: Bankübliche Geschäfte nach anerkannten Bankgrundsätzen

Strategische Ziele: Finanzanlage

Einflussnahme: Teilnahme an Generalversammlung



1.6.4.5 PRIORIS Verbund AG

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Zweck: Förderung der Errichtung und des Betriebs eines flächendeckenden Glasfasernetzes

in den PRIORIS-Gemeinden

Kommunale Aufgaben: Sicherstellung der Grundversorgung mit Errichtung eines Glasfasernetzes

Strategische Ziele: Erstellung eines flächendeckenden Glasfasernetzes

Einflussnahme: Einsitz Verwaltungsrat, Teilnahme an Generalversammlung



Gesamtwürdigung

Mit dieser Beteiligungsstrategie äussert sich der Gemeinderat Flühli umfassend über die Beteiligungen der Gemeinde. Die Organisationen mit kommunaler Beteiligung sind nach Beurteilung des Gemeinderates weitgehend gut aufgestellt. Der Einfluss der Gemeinde Flühli ist mehrheitlich gering, in Einzelfällen auch massgeblich. Eine hohe Einflussmöglichkeit der Gemeinde besteht, wenn sich Gemeinderatsmitglieder für das Leitungsorgan zur Verfügung stellen und aktiv die Strategie und die Ausrichtung mitgestalten.

Die Beteiligungsstrategie ist den Stimmberechtigten zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Der Gemeinderat hat die vorliegende Beteiligungsstrategie an seiner Sitzung vom 16. April 2025 genehmigt.

Flühli, 16. April 2025

NAMENS DES GEMEINDERATES

Gemeindepräsidentin Hella Schnider-Kretzmähr

Gemeindeschreiber Guido Küng